

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 50/016/2024

Sozialausschuss am 16.09.2024

Zu Punkt 9: Erstellung einer Konzeption zur Reduzierung von verdeckter Altersarmut

Die Vorsitzende KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Klemmer, der die Vorlage erläutert. Zusammen mit Herrn Abukhater und Frau Hecker erstellt er aktuell eine Konzeption in Form von drei Handlungsaspekten zur Reduzierung von verdeckter Altersarmut. Er betont, dass es sich dabei um ein sehr schambehaftetes Thema handelt und es deshalb umso wichtiger ist, diese Thematik in den Sozialämtern zu besetzen und in einem ordnungsgemäßen Umgang zu behandeln. Ein entsprechendes Schulungsprogramm der zuständigen Mitarbeitenden könnte dabei erforderlich sein. Ziel der Konzeption ist, ein Beratungsangebot so niederschwellig wie möglich zu entwickeln, um den Betroffenen die Hand reichen zu können. Es besteht ein enger Austausch mit einem Pilotkreis (Region Hannover) und auch ein guter Arbeitskontakt mit dem MAGS NRW konnte geknüpft werden. Die Konzeption wird in den kommenden Wochen weiterentwickelt und ausgestaltet, u.a. auch hinsichtlich der gemeinsamen Erarbeitung mit einem Berufskolleg im Kreis Mettmann. Herr Klemmer weist darauf hin, dass diese Erstellung neben den alltäglichen Aufgaben laufen wird und aktuell keine zusätzlichen finanziellen Ressourcen benötigt werden. Darüber hinaus macht Herr Klemmer deutlich, dass neben der Intensivierung der Informations- und Beratungstätigkeit des Sozialhilfeträgers auch eine Anbindung von bisher unbekanntem Leistungsberechtigten für zukünftige Unterstützungs- und Pflegebedarfe als großer Gewinn gesehen wird.

Herr Kowalczyk ergänzt, dass die finanziellen Ressourcen natürlich stets im Blick gehalten werden. Es handelt sich dabei aber um einen Anspruch der betroffenen Personen, auf den der Träger aufmerksam machen muss.

KA Kanschat spricht ein großes Lob aus und betont, wie wichtig diese Thematik ist. Die Antragstellung gestaltet sich für die betroffenen Personen oft als sehr langwierig und kompliziert. Es ist erforderlich, diesen Prozess zu vereinfachen.

KA Küchler schließt sich den Worten von KA Kanschat an. Sie fügt hinzu, dass es außerdem entscheidend ist, die KA Städte in die Erstellung einer Konzeption mit einzubeziehen, da sich die Antragstellung je nach Stadt sehr unterscheiden kann. Sie erkundigt sich neben dem erwähnten Best-Practice-Beispiel aus Hannover nach weiteren Beispielen.

Herr Klemmer erklärt, dass angestrebtes Ziel ist, die Thematik in den gesellschaftlichen Diskurs zu tragen und breit zu besetzen (u.a. in öffentlichen Medien, durch Wurfsendungen, Plakataktionen, etc.); alle weiteren Vorschläge werden aufgegriffen und auf Umsetzung geprüft.

KA Kanschat erkundigt sich, ob es zur Vereinfachung der Prozesse möglich wäre, den Behörden untereinander einen Einblick in die Rentenbescheide zu ermöglichen.

Herr Klemmer antwortet, dass dies leider nicht umsetzbar ist, da die Kommunikation unter den Behörden nur eingeschränkt möglich ist. Darüber hinaus besteht Einigkeit in der Runde, dass bürokratische Hürden für die Kundinnen und Kunden genauso unerfreulich sind, wie für die Kolleginnen und Kollegen der Sachbearbeitung.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.